

**Anlage A zur Allgemeinen Vergabeunterlage
Formblätter für den Teilnahmeantrag**

Erläuterungen:

In den folgenden Formblättern sind die gemäß Abschnitt III der Auftragsbekanntmachung geforderten Angaben und Nachweise aufgeführt. Diese sollen das Zusammenstellen des Teilnahmeantrages für die Bewerber erleichtern und gleichzeitig die gewünschte Struktur der abzugebenden Unterlagen vorgeben.

Teilnahmeantrag, Anschreiben mit Vollständigkeitserklärung, Bestätigung

- In dem vorbereiteten Teilnahmeantrag soll von jedem Bewerber bzw. jeder Bietergemeinschaft durch Ankreuzen in den grau hinterlegten Feldern mitgeteilt werden, ob die entsprechenden Unterlagen den Bewerbungsunterlagen beigelegt worden sind.
- Die Vorlage des Anschreibens für den Teilnahmeantrag ist an der maßgeblichen Stelle von vertretungsberechtigten Personen zu unterzeichnen.

Abschnitt 1.) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- Hier sind **allgemeine Angaben zum Bewerber** gefordert. Gleichzeitig sollen diese Seiten als Deckblatt der Bewerbungsunterlage dienen.
- Falls sich **mehrere Unternehmen als Bietergemeinschaft** bewerben wollen, sind hier allgemeine Angaben zu den weiteren Bewerbern gefordert. Entsprechend der Anzahl der Mitglieder der Bietergemeinschaft sind die entsprechenden Formblätter zu vervielfältigen und in der fortlaufenden Nummerierung anzupassen.
- In die Kopfzeile der ersten Seiten soll entweder die **Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers** oder der Name der Bietergemeinschaft eingetragen werden. Hat die Bietergemeinschaft zurzeit noch keinen Eigennamen, soll die Kurzbezeichnung des bevollmächtigten Bewerbers hier eingetragen werden.
- Es sind konkrete Angaben über die **Organisation des Bewerbers bzw. der Bietergemeinschaft** erforderlich. Die Verantwortlichkeit für einzelne Leistungsbereiche soll hier eingetragen werden.
- Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft ist die als Formblatt vorgesehene **Bietergemeinschaftserklärung** auszufüllen und rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Abschnitt 2.) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Hier sind Angaben zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit entsprechend dem Abschnitt III. 1.2) der Auftragsbekanntmachung zu machen.

Abschnitt 3.) – Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Hier sind Angaben zur **technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit** entsprechend dem Abschnitt III. 1.3) der Auftragsbekanntmachung zu machen.
- Für jedes weitere Referenzprojekt ist das Blatt zu vervielfältigen.

Name und Anschrift des Bewerbers:

(Ort)

(Datum)

VgV - Verhandlungsverfahren mit
Teilnahmewettbewerb

Alte Hansestadt Lemgo, Der Bürgermeister

Heustraße 36-38, 32657 Lemgo

**Teilnahmeantrag Planungsleistungen Freianlagen
„Aufwertung Johannistorwall“**

- 1) Wir¹ beantragen hiermit die Teilnahme an der Ausschreibung der Planungsleistungen Freianlagen „**Aufwertung Johannistorwall**“.
- 2) Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Vergabewettbewerb führen kann.
- 3) Anlagen zu diesem Teilnahmeantrag²:
 - ☐ aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder aktueller Auszug aus dem Berufsregister
 - ☐ Bietergemeinschaftserklärung
 - ☐ Verpflichtungserklärung für Nachunternehmer
 - ☐ Eigenerklärung u.a. hinsichtlich Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB, § 21 AEentG und § 21 SchwarzArbG
 - ☐ Eigenerklärung zum 5. Sanktionspaket (RUS-Sanktionen)
 - ☐ Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz

 - ☐ Formblatt Angaben zu den Gesamtumsätzen
 - ☐ Nachweis einer Berufs- oder Berufshaftpflichtversicherung
 - ☐ Formblatt Angaben zur Qualifikation des/der Projektleiters bzw. Projektleiterin und des/der stellv. Projektleiters bzw. stellv. Projektleiterin
 - ☐ Formblatt Angaben zur Qualifikation der weiteren vorgesehenen Projektmitarbeiter
 - ☐ Formblatt vergleichbare Referenzprojekte

¹ Die „Wir-Form“ gilt sowohl für einzelne Bewerber als auch für Bewerbungsgemeinschaften.

² Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Positionen an.

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Teilnahmeantrags. Dies umfasst auch alle vorstehend aufgeführten Anlagen.

Wir erklären, dass die Teilnahmeunterlagen nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig ausgefüllt wurden. Uns ist bewusst, dass eine schuldhaft falsche oder unvollständige Abgabe der vorgenannten Erklärungen zu unserem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren und von der Auftragsvergabe führen kann. Uns ist ferner bekannt, dass dies auch zur fristlosen Kündigung eines etwaigen erteilten öffentlichen Auftrages aus wichtigem Grund führen kann. Wir sind bereit, auf Anforderung des Auftraggebers die Angaben durch Nachweise oder in anderer geeigneter Form zu belegen.

Ort:

Datum:

Stempel des Unternehmens und rechtsverbindliche Unterschrift des Bieters oder der Bietergemeinschaft

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
--	--

1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung
(vgl. III. 1.1 der Auftragsbekanntmachung)

1.1 Angaben zum Bewerber / zu den Mitgliedern der Bietergemeinschaft

Einzelbewerber oder Bevollmächtigter der Bietergemeinschaft	
Vollständige Firma:	
Adresse:	
Ansprechpartner: (Name, Funktion/Titel, Telefon, Fax, E-Mail)	
Kurzbezeichnung:	

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung
(vgl. III. 1.1 der Auftragsbekanntmachung)

1.1 Angaben zu den Mitgliedern der Bietergemeinschaft

Mitglied der Bietergemeinschaft – entfällt bei Einzelbewerber –		Nr.:
Vollständige Firma:		
Adresse:		
Ansprechpartner: (Name, Funktion/Titel, Telefon, Fax, E-Mail)		
Kurzbezeichnung:		

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft:	
---	--

1. **Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung** (vgl. III. 1.1 der Auftragsbekanntmachung)

1.1 **Angaben zum Bewerber / zu den Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft**

Verantwortlichkeit für einzelne Leistungsbereiche *:	
Planung	
Objektplanung (Freianlagen):	
Fachplanung (Wassertechnik) in Außenanlagen:	
Fachplanung (Elektrotechnik) in Außenanlagen:	

* Im Rahmen der Übersicht sind die jeweils verantwortlichen Unternehmen für einzelne Leistungsbereiche zu benennen. Falls die jeweiligen Leistungen durch ein Nachunternehmen ausgeführt werden sollen, ist dem Teilnahmeantrag eine entsprechende Verpflichtungserklärung beizufügen.

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung
(vgl. III. 1.1 der Auftragsbekanntmachung)

1.1 Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers

Bitte ankreuzen, wenn Unterlage dem Teilnahmeantrag beigelegt ist.	
	Beigelegt
aktueller Auszug aus dem Handelsregister <u>oder</u> aktueller Auszug aus dem Berufsregister	☐

Als **Anlage** ist ein aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder ein entsprechender Auszug aus dem Berufsregister des Bewerbers beigelegt.

Bei Bewerbung in Form einer **Bietergemeinschaft** ist für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft ein entsprechender Auszug vorzulegen.

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung
(vgl. III. 1.1 der Auftragsbekanntmachung)

1.2 Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers
(vgl. III. 1.1 der Auftragsbekanntmachung)

Bitte ankreuzen, wenn Unterlage dem Teilnahmeantrag beigelegt ist.	
	Beigelegt
Bietergemeinschaftserklärung	☐

Bei Bewerbung in Form einer **Bietergemeinschaft** ist eine gemeinsame durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft unterzeichnete Erklärung in Form der Bietergemeinschaftserklärung vorzulegen.

Bietergemeinschaftserklärung

Die nachfolgend aufgeführten Unternehmen

1. _____
Firma, Adresse
2. _____
Firma, Adresse
3. _____
Firma, Adresse
4. _____
Firma, Adresse

bewerben sich im Rahmen des Verfahrens

Planungsleistungen Freianlagen **„Aufwertung Johannistorwall“**

als Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft und erklären:

- Das unter Ziffer 1 angegebene geschäftsführende Mitglied die Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft ist berechtigt, im Rahmen des Vergabeverfahrens rechtsverbindliche Erklärungen gegenüber der Vergabestelle abzugeben und entgegenzunehmen. Erklärungen der Vergabestelle gehen der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft in dem Moment zu, in dem diese dem geschäftsführenden Mitglied der Bietergemeinschaft zugehen.
- Das unter Ziffer 1 angegebene geschäftsführende Mitglied ist berechtigt, die Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft im Rahmen des o.g. Verfahrens gegenüber der Vergabestelle zu vertreten und ein Angebot für die o.g. Leistungen abzugeben und die Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft damit zu verpflichten.
- Alle Mitglieder der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft haften im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner.

Ort, Datum

Unterschrift

Ort, Datum

Unterschrift

Ort, Datum

Unterschrift

Ort, Datum

Unterschrift

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung
(vgl. III. 1.1 der Auftragsbekanntmachung)

1.3 Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers

Bitte ankreuzen, wenn Unterlage dem Teilnahmeantrag beigelegt ist.	
	Beigelegt
Verpflichtungserklärung für Nachunternehmer	☐

Als **Anlage** ist eine rechtsverbindlich unterzeichnete Eigenerklärung des Bewerbers beizulegen. Hierzu ist das als **Anlage beigelegte Formblatt** zu verwenden.

Bei Bewerbung in Form einer **Bietergemeinschaft** ist für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft eine entsprechende Erklärung vorzulegen.

Verpflichtungserklärung

Das nachfolgend aufgeführte Unternehmen

Firma, Adresse

ist im Rahmen des Verfahrens

Planungsleistungen Freianlagen
„Aufwertung Johannistorwall“
“
–

als Nachunternehmen für die folgenden Leistungen vorgesehen:

vorgesehene Leistungen

Im Falle der Zuschlagserteilung an den Bieter bzw. die Bietergemeinschaft, verpflichten wir uns, dem Bieter bzw. der Bietergemeinschaft,

Bieter / Bietergemeinschaft

die unserem Unternehmen zugeordneten Leistungen zu erbringen.

Ort, Datum

Unterschrift

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (vgl. III. 1.1 der Auftragsbekanntmachung)

1.4 Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers

Bitte ankreuzen, wenn Unterlage dem Teilnahmeantrag beigelegt ist.	
	Beigelegt
Eigenerklärung u.a. hinsichtlich Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB, § 21 AEentG und § 21 SchwarzArbG	☐

Als **Anlage** ist eine rechtsverbindlich unterzeichnete Eigenerklärung des Bewerbers über die in §§ 123, 124 GWB, § 21 AEentG und § 21 SchwarzArbG genannten Ausschlusskriterien beizufügen. Der Bewerber kann hierzu das als **Anlage beigelegte Formblatt** verwenden.

Bei Bewerbung in Form einer **Bewerbergemeinschaft** ist für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft eine entsprechende Erklärung vorzulegen.

Falls Leistungen durch ein **Nachunternehmen** erbracht werden sollen, muss für dieses ebenfalls eine entsprechende Erklärung beigelegt werden.

Eigenerklärung

(gemäß §§ 123, 124 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
sowie § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes
(SchwarzArbG))

Zum Nachweis der Zuverlässigkeit gemäß §§ 123, 124 GWB, § 21 AEntG und § 21 SchwarzArbG ist eine Eigenerklärung abzugeben. Ein Teilnahmeantrag bzw. ein Angebot können von der Wertung ausgeschlossen werden, wenn die Erklärung nicht rechtzeitig vorgelegt wird oder unzutreffende Erklärungen abgegeben wurden.

Mir / uns ist bekannt, dass durch den Auftraggeber noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse meines / unseres Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Vergaberegister des Landes NRW führen können, eingeholt wurden. Die Angaben werden gegebenenfalls von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) überprüft.

Hiermit versichere ich / versichern wir, dass

- über das Vermögen des Unternehmens/der Gesellschaft ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder eröffnet, noch die Eröffnung beantragt worden ist, noch der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde;
- sich das Unternehmen/die Gesellschaft nicht in Liquidation befindet oder die Tätigkeiten eingestellt hat;
- ich oder die weiteren verantwortlichen Personen bzw. Organe keine schwere Verfehlung begangen haben, die die Zuverlässigkeit des Unternehmens bzw. der Gesellschaft als Bewerber bzw. Bieter in Frage stellt;
- das Unternehmen/die Gesellschaft ihren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen ist.

Hiermit versichere ich / versichern wir weiter, dass

- das Unternehmen/die Gesellschaft bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat;
- das Unternehmen/die Gesellschaft keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht und keine Wettbewerbsverzerrung vorliegt, die daraus resultiert, dass das Unternehmen bzw. die Gesellschaft bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war;

- das Unternehmen/die Gesellschaft keine wesentlichen Anforderungen bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat;
- das Unternehmen/die Gesellschaft in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen hat und keine Auskünfte zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln;
- das Unternehmen/die Gesellschaft nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte;
- das Unternehmen/die Gesellschaft weder fahrlässig noch vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten und auch nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Weiterhin versichere ich / versichern wir, dass ich / wir

- in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,00 € belegt worden bin/sind,
- die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n),
- keine Verfehlungen^{*1} vorliegen^{*2}, die meinen/unseren Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigen könnten.

^{*1} Verfehlungen, die zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind – unabhängig von der Beteiligungsform oder bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u. a.
 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), u. a. Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen;
- Falsche Erklärung zum Einsatz von Nachunternehmern / unerlaubter Einsatz von Nachunternehmern, falsche Erklärung über die Einhaltung verbindlicher tarifvertraglicher Bestimmungen / Verstoß gegen verbindliche tarifvertragliche Bestimmungen;
- andere vergleichbar schwerwiegende Verstöße.

*2 Eine Verfehlung im o. g. Sinne liegt vor, bei Zulassung der Anklage, bei strafrechtlicher Verurteilung oder Erlass eines Strafbefehls, bei Einstellung des Strafverfahrens nach § 153a Strafprozessordnung (StPO), nach Rechtskraft eines Bußgeldbescheides sowie für die Dauer der Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage bei der meldenden Stelle kein vernünftiger Zweifel an der schwerwiegenden Verfehlung besteht, und die Ermittlungs- bzw. die für das Bußgeldverfahren zuständige Verwaltungsbehörde den Ermittlungszweck nicht gefährdet sieht.

Ich versichere hiermit, dass keine Verfehlungen gemäß § 5 Abs. 1 Korruptionsbekämpfungsgesetz (KorruptionsbG) vorliegen, die meinen Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen oder gemäß § 5 Abs. 2 KorruptionsbG zu einem Eintrag in das Vergaberegister führen könnten.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen zu meinem/unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrags wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Vergaberegister führende Informationsstelle nach sich ziehen kann.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns auch, die vorstehende Erklärung von Nachunternehmern zu fordern und diese vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen.

Ort: _____

Datum: _____

Stempel des Unternehmens und Unterschrift des Unternehmens

Name(n) des/der Unterzeichners/r in Blockschrift mit Angabe der Funktion im Unternehmen

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft:	
---	--

1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung
(vgl. III. 1.1 der Auftragsbekanntmachung)

1.5 Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers

Bitte ankreuzen, wenn Unterlage dem Teilnahmeantrag beigelegt ist.	
	Beigelegt
Eigenerklärung zum 5. Sanktionspaket (RUS-Sanktionen)	☐

Als **Anlage** ist eine rechtsverbindlich unterzeichnete Eigenerklärung des Bewerbers beigelegen. Der Bewerber kann hierzu das als **Anlage beigelegte Formblatt** verwenden.

Bei Bewerbung in Form einer **Bewerbungsgemeinschaft** ist für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft eine entsprechende Erklärung vorzulegen.

Falls Leistungen durch ein **Nachunternehmen** erbracht werden sollen, muss für dieses ebenfalls eine entsprechende Erklärung beigelegt werden.

Eigenerklärung

(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Im Rahmen des Vergabeverfahrens:

Planungsleistungen Freianlagen
„Aufwertung Johannistorwall“

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot / Vertrag Vertretenen auch für diese):

Der / die Bewerber / Bieter / Auftragnehmer gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen.

Dazu gehören ebenfalls nicht die Unternehmen (Personen, Organisationen oder Einrichtungen) im Sinne dieser Vorschrift, die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf betroffene Unternehmen entfallen) beteiligt sind.

Mir / uns ist bekannt, dass die vorstehende Vorschrift sowohl die Vergabe öffentlicher Aufträge oder Konzessionen als auch die weitere Erfüllung bereits abgeschlossener Verträge grundsätzlich verbietet. Ausgenommen von dem Verbot der weiteren Vertragserfüllung sind gem. Artikel 5 k) Absatz 4 der vorgenannten Verordnung (EU) Nr. 833/2014 bis zum 10. Oktober 2022 solche Verträge, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Verboten sind nicht nur Auftragsvergaben an Unternehmen (Personen, Organisationen oder Einrichtungen) iSd Vorschrift, sondern auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf betroffene Unternehmen entfallen).

Ort: _____

Datum: _____

Stempel des Unternehmens und Unterschrift des Unternehmens _____

Name(n) des/der Unterzeichners/r in Blockschrift mit Angabe der Funktion im Unternehmen _____

Artikel 5k lautet wie folgt:

- (1) *Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*
- a) *russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*
 - b) *juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*
 - c) *natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*
- auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*
- (2) *Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*
- a) *den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienstellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*
 - b) *die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*
 - c) *die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*
 - d) *die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen,*

Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

- e) *den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder*
 - f) *den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.*
- (3) *Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.*
- (4) *Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.*

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung
(vgl. III. 1.1 der Auftragsbekanntmachung)

1.6 Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers

Bitte ankreuzen, wenn Unterlage dem Teilnahmeantrag beigelegt ist.	
	Beigelegt
Erklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)	☐

Als **Anlage** ist eine rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung des Bewerbers über die in § 19 Abs. 3 MiLoG genannten Ausschlusskriterien beizufügen. Der Bewerber kann hierzu das als **Anlage beigelegte Formblatt** verwenden.

Bei Bewerbung in Form einer **Bewerbergemeinschaft** ist für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft eine entsprechende Erklärung vorzulegen.

Falls Leistungen durch ein **Nachunternehmen** erbracht werden sollen, muss für dieses ebenfalls eine entsprechende Erklärung beigelegt werden.

Erklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Nach § 19 Abs. 3 MiLoG müssen öffentliche Auftraggeber beim Gewerbezentralregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 2 MiLoG anfordern oder verlangen von Bewerberinnen oder Bewerbern eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.

Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG³ nicht vorliegen.

Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass auch im Falle der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a der Gewerbeordnung in der aktuell gültigen Fassung anfordern können und dass bei Aufträgen ab einer Höhe von € 30.000 der öffentliche Auftraggeber für die Bieterin/den Bieter, die oder der den Zuschlag erhalten soll, vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a der Gewerbeordnung einholen muss.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

³ § 19 Abs. 1 MiLoG: Von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber sollen Bewerberinnen oder Bewerber für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind.

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
(vgl. III. 1.2 der Auftragsbekanntmachung)

2.1 Angaben zu den Gesamtumsätzen

Der Bewerber / das Mitglied der Bietergemeinschaft hat in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren folgende Gesamtumsätze erzielt:

2023	€
2024	€
2025	€
Durchschnitt der letzten drei abgeschlossen Geschäftsjahre	€

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (vgl. III. 1.2 der Auftragsbekanntmachung)

2.2. Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung:

Bitte ankreuzen, wenn Unterlage dem Teilnahmeantrag beigelegt ist.	
	Beigelegt
Nachweis einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung	☐

Als **Anlage** ist eine Bestätigung des Bewerbers über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung für Sach- und Vermögensschäden mit den im Rahmen der Vergabeunterlagen genannten Deckungssummen vorzulegen. Der Nachweis kann durch eine Versicherungsbestätigung (Kopie) oder Bereitschaftserklärung eines Versicherungsgebers, im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung abzuschließen oder Eigenerklärung im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung abzuschließen, erbracht werden.

Bei Bewerbung in Form einer **Bewerber- oder Bietergemeinschaft** ist für jedes Mitglied eine entsprechende Erklärung vorzulegen.

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (vgl. III. 1.3 der Auftragsbekanntmachung)

3.1 Angaben zur Qualifikation des für die Gesamtprojektleitung zuständigen Personals:

Gesamtprojektleitung:	
Name:	
Qualifikation:	
Projekte/Erfahrungen (mit Angabe der HOAI-Leistungsphasen):	

Hinweis:

Der/die oben benannte Mitarbeiter/Mitarbeiterin ist zwingend im Rahmen der Erbringung der ausgeschriebenen Bauleistungen einzusetzen. Ein Austausch ist nur mit Zustimmung der Auftraggeberin möglich.

Der Nachweis über die Qualifikation und Berufserfahrung kann durch Zulassungsurkunden, Lebensläufe, Darstellung der persönlich erbrachten Referenzleistungen und durch entsprechende Bescheinigungen über die berufliche Befähigung der für die Planungsleistung verantwortlichen Personen erbracht werden.

Bitte ankreuzen, wenn entsprechende Unterlagen dem Teilnahmeantrag beigelegt sind.	
	Beigelegt
Qualifikationsunterlagen Gesamtprojektleitung	☐

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (vgl. III. 1.3 der Auftragsbekanntmachung)

3.1 Angaben zur Qualifikation des für die stellvertretende Gesamtprojektleitung zuständigen Personals

stellv. Gesamtprojektleitung:	
Name:	
Qualifikation:	
Projekte/Erfahrungen (mit Angabe der HOAI-Leistungsphasen):	

Hinweis:

Der/die oben benannte Mitarbeiter/Mitarbeiterin ist zwingend im Rahmen der Erbringung der ausgeschriebenen Bauleistungen einzusetzen. Ein Austausch ist nur mit Zustimmung der Auftraggeberin möglich.

Der Nachweis über die Qualifikation und Berufserfahrung kann durch Zulassungsurkunden, Lebensläufe, Darstellung der persönlich erbrachten Referenzleistungen und durch entsprechende Bescheinigungen über die berufliche Befähigung der für die Planungsleistung verantwortlichen Personen erbracht werden.

Bitte ankreuzen, wenn entsprechende Unterlagen dem Teilnahmeantrag beigelegt sind.	
	Beigelegt
Qualifikationsunterlagen Stellvertretender Gesamtprojektleitung	☐

Kurzbezeichnung des Einzelbewerbers / der Bewerbergemeinschaft:	
---	--

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (vgl. III. 1.3 der Auftragsbekanntmachung)

3.2 Angaben zur Qualifikation der weiteren Projektmitarbeiter:

Leistungsbereich Freianlagen:	
Name:	
Qualifikation:	
Projekte/Erfahrungen (mit Angabe der HOAI-Leistungsphasen):	

Hinweis:

Der/die oben benannte Mitarbeiter/Mitarbeiterin ist zwingend im Rahmen der Erbringung der ausgeschriebenen Bauleistungen einzusetzen. Ein Austausch ist nur mit Zustimmung der Auftraggeberin möglich.

Der Nachweis über die Qualifikation und Berufserfahrung kann durch Zulassungsurkunden, Lebensläufe, Darstellung der persönlich erbrachten Referenzleistungen und durch entsprechende Bescheinigungen über die berufliche Befähigung der für die Planungsleistung verantwortlichen Personen erbracht werden.

Bitte ankreuzen, wenn entsprechende Unterlagen dem Teilnahmeantrag beigelegt sind.	
	Beigelegt
weitere Projektmitarbeiter	☐

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

(vgl. III. 1.3 der Auftragsbekanntmachung)

3.2 Vergleichbare Referenzprojekte

Der Nachweis der Technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit kann durch Nennung und Darstellung von Referenzen über die Ausführung von Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, erbracht werden.

Die als Referenz in Bezug genommenen Leistungen müssen abgeschlossen sein.

Es ist anzugeben, inwiefern sich die Referenzen auf die in der Allgemeinen Vergabeunterlage und der Auftragsbekanntmachung beschriebenen Leistungen bezieht.

Kurzbezeichnung des Einzel-
bewerbers / der Bewerberge-
meinschaft:

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (vgl. III. 1.3 der Auftragsbekanntmachung)

3.2 Vergleichbare Referenzprojekte

1. Referenzprojekt

Projektbezeichnung			
Auftraggeber (Referenzgeber)			
Ansprechpartner	Name:		
	Telefonnummer:		
Leistungszeitraum (Monat/Jahr)	Beginn:		
	Ende:		
Baukosten (KG 300 – 400 nach DIN 276, netto)	€		
Es müssen sämtliche Anforderungen im Rahmen derselben Referenzen erfüllt werden. Bitte ankreuzen, wenn zutreffend:			
Planungsleistungen (Objektplanung Freianlagen)			☐
Planungsleistungen (HZ 4 insbesondere Parkanlagen, Spielplätze)			☐
Baumaßnahme mit Baukosten (KG 500) von über € 1,0 Mio. (netto)			☐
Mitarbeiter aus dem Büro	Name:	Funktion:	Qualifikation:
Anlagen (Referenzschreiben, Projektbeschreibung, etc.)	Anlage 1		
	Anlage 2		
	Anlage 3		

Kurzbezeichnung des Einzel-
bewerbers / der Bewerberge-
meinschaft:

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
(vgl. III. 1.3 der Auftragsbekanntmachung)

3.2 Vergleichbare Referenzprojekte

2. Referenzprojekt

Projektbezeichnung			
Auftraggeber (Referenzgeber)			
Ansprechpartner	Name:		
	Telefonnummer:		
Leistungszeitraum (Monat/Jahr)	Beginn:		
	Ende:		
Baukosten (KG 300 – 400 nach DIN 276, netto)	€		
Es müssen sämtliche Anforderungen im Rahmen derselben Referenzen erfüllt werden. Bitte ankreuzen, wenn zutreffend:			
Planungsleistungen (Objektplanung Freianlagen)	☐		
Planungsleistungen (HZ 4 insbesondere Parkanlagen, Spielplätze)	☐		
Baumaßnahme mit Baukosten (KG 500) von über € 1,0 Mio. (netto)	☐		
Mitarbeiter aus dem Büro	Name:	Funktion:	Qualifikation:
Anlagen (Referenzschreiben, Projektbeschreibung, etc.)	Anlage 1		
	Anlage 2		
	Anlage 3		

Kurzbezeichnung des Einzel-
bewerbers / der Bewerberge-
meinschaft:

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (vgl. III. 1.3 der Auftragsbekanntmachung)

3.2 Vergleichbare Referenzprojekte

_____. Referenzprojekt

Projektbezeichnung			
Auftraggeber (Referenzgeber)			
Ansprechpartner	Name:		
	Telefonnummer:		
Leistungszeitraum (Monat/Jahr)	Beginn:		
	Ende:		
Baukosten (KG 300 – 400 nach DIN 276, netto)	€		
Es müssen sämtliche Anforderungen im Rahmen derselben Referenzen erfüllt werden. Bitte ankreuzen, wenn zutreffend:			
Planungsleistungen (Objektplanung Freianlagen)			☐
Planungsleistungen (HZ 4 insbesondere Parkanlagen, Spielplätze)			☐
Baumaßnahme mit Baukosten (KG 500) von über € 1,0 Mio. (netto)			☐
Mitarbeiter aus dem Büro	Name:	Funktion:	Qualifikation:
Anlagen (Referenzschreiben, Projektbeschreibung, etc.)	Anlage 1		
	Anlage 2		
	Anlage 3		

c) Vollständigkeitserklärung, Bestätigung

Wir erklären, dass die Teilnahmeunterlagen nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig ausgefüllt wurden. Uns ist bewusst, dass eine schuldhaft falsche oder unvollständige Abgabe der vorgenannten Erklärungen zu unserem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren und von der Auftragsvergabe führen kann. Uns ist ferner bekannt, dass dies auch zur fristlosen Kündigung eines etwaigen erteilten öffentlichen Auftrages aus wichtigem Grund führen kann. Wir sind bereit, auf Anforderung des Auftraggebers die Angaben durch Nachweise oder in anderer geeigneter Form zu belegen.

Ort:

Datum:

Stempel des Unternehmens und rechtsverbindliche Unterschrift des Bieters oder der Bietergemeinschaft

Name(n) des/der Unterzeichners/r (leserlich) mit Angabe der Funktion im Unternehmen